

Verhindert die Abschiebung von Mahmut Yilmaz in den Folterstaat Türkei!

Mahmut Yilmaz, 44, könnte als politisch aktiver Kurde in seiner alten Heimat nicht leben.



Der Familienvater soll nach dem Willen der bayerischen Justiz dorthin abgeschoben werden, von wo er vor 27 Jahren als Jugendlicher mit seinem Vater geflohen war: In den Folterstaat Türkei.

Sein letzter Ausweg ist nun, nach sovielen Jahren Asyl zu beantragen wegen der drohenden Verfolgung; so verliert er seine Arbeitserlaubnis. Er soll in eine Asylbewerber-Unterkunft ziehen, und seine Familie soll derweil für seinen Lebensunterhalt aufkommen. Reinste Schikane!

Mahmut Yilmaz ist in Lebensgefahr! Das bayerische Innenministerium will den kurdischen Familienvater Mahmut Yilmaz in den Folterstaat Türkei abschieben. Dort drohen dem 44-jährigen politische Verfolgung, Folter und Tod. Deswegen musste Mahmut jetzt politisches Asyl beantragen, dabei lebt er seit 27 Jahren in München.

1981 kam Mahmut als kurdischer Jugendlicher aus der Türkei nach Deutschland. Hier engagierte sich Mahmut gegen die grausame Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung in der Türkei. Während die türkische Armee in den 1990er Jahren mit deutschen Panzern, deutschen LKWs und deutschen Waffen 4.000 kurdische Dörfer nieder brannte und mindestens 37.000 Kurden und Kurdinnen ermordete, verbot der deutsche Staat die kurdische Befreiungsorganisation PKK (Arbeiterpartei Kurdistans).

1995 protestierten Mahmut und andere Kurden gegen das Verbot des „Kurdischen Elternvereins“ in München, indem sie das Vereinshaus besetzten. Deswegen wurde Mahmut 1996 zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Nach der Entlassung überzog ihn die Polizei immer wieder mit Verfahren wegen angeblicher Verstöße gegen das PKK-Verbot. Mahmut verlor mehrfach seine Arbeit, weil die Behörden Druck auf seine Arbeitgeber ausübten.

Schließlich nahm man ihm die Aufenthaltsberechtigung, Mahmut ist rechtskräftig ausgewiesen. Als Asylbewerber soll er nun im Flüchtlingslager interniert werden. Damit zerreißen die Behörden seine Familie. Mahmuts Ehefrau lebt hier, die vier gemeinsamen Kinder sind in München aufgewachsen bzw. geboren, die jüngsten gehen noch zur Schule. Mahmuts Ausweisung wird damit begründet, dass er angeblich die Sicherheit der BRD gefährde – dabei gefährdet der deutsche Staat Mahmuts Leben und zerstört seine Familie!

Ausländer, die sich in der Bundesrepublik Deutschland politisch betätigen, leben gefährlich. Ihnen droht neben „normalen“ Strafen (Haft, Geldbuße) auch die Abschiebung. Sie werden für ihr politisches Engagement doppelt bestraft. – Diese rassistischen Sondergesetze sind ein Skandal.

An kurdischen Aktivisten wie Mahmut wird ein Exempel statuiert. Indem man sie ausweist, will man andere Migranten einschüchtern und deren politische Aktivitäten unterbinden. Mahmuts letzte Chance ist, in Deutschland Asyl wegen drohender politischer Verfolgung zu bekommen.

Weiter auf der Rückseite



1. Mai 2008 in Istanbul:
Kriminelle in Uniform ...



... schießen nicht
nur mit Tränengas ...



... auf Gewerk-
schaftsmitglieder.



Verstehen das deutsche Behörden
unter Demokratisierung?

Die Türkei ist nach wie vor ein Folterstaat, der seine kurdische Bevölkerung grausam unterdrückt. Am kurdischen Newroz-Fest vor wenigen Wochen erschoss die türkische Polizei 4 Menschen, verletzte hunderte weitere und nahm mehr als 2.000 Menschen fest. Die Verwendung der kurdischen Sprache in der Politik ist weiterhin verboten. Regelmäßig werden kurdische PolitikerInnen deswegen zu Haftstrafen verurteilt. Radio- und TV-Sendungen auf Kurdisch sind nur wenige Stunden pro Woche erlaubt – und nur unter Staats-Aufsicht. Der türkische Menschenrechtsverein IHD und Human Rights Watch belegen, dass türkische Sicherheitskräfte wieder verstärkt Folter anwenden, ihre Opfer sind in erster Linie politisch aktive Kurdinnen und Kurden. Gegen die ins Parlament gewählte pro-kurdische DTP läuft ein Verbotsverfahren. Türkische Kampffjets bombardieren kurdische Dörfer und Stützpunkte der kurdischen Guerrilla im Nordirak. Die kurdische Befreiungsbewegung bietet seit Jahren einseitig die Hand zum Frieden, startete einen Waffenstillstand nach dem anderen – doch die Antwort der Türkei ist immer nur Krieg, Terror und Vernichtung – EU-Beitrittsverhandlungen hin oder her.

Mahmuts Heimatdorf haben türkische Soldaten zerstört und vermint, eine Rückkehr ist verboten. Regelmäßig erkundigt sich die türkische Polizei bei Mahmuts Verwandten dort nach ihm. Dank der guten Zusammenarbeit mit Deutschland ist die Türkei bestens über Mahmut informiert. Denn der deutsche Staat steht als Bündnispartner fest an der Seite der Türkei in ihrem Krieg. Im Monatsrhythmus verhaftet die deutsche Polizei kurdische Aktivistinnen und Aktivisten und durchsucht ihre Vereine – diese Kriminalisierungsschläge sind ein deutscher Beitrag zum Krieg gegen die Kurden. Auch Münchener Behörden beteiligen sich auf ihre Weise an diesem Krieg, wenn sie politisch aktive Kurden wie Mahmut abschieben wollen in den türkischen Terrorstaat, dem sie gar noch Tendenzen zur Demokratisierung attestieren, ohne die tatsächlichen politischen Zustände zu berücksichtigen.

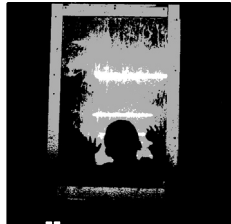
Wir verurteilen die Kriminalisierung der kurdischen Befreiungsbewegung und fordern das Recht auf freie politische Betätigung für alle politisch aktiven Migrantinnen und Migranten!

DEMO
28. Juni '08
13⁰⁰ Stachus
Samstag

**Bleiberecht für
Mahmut Yilmaz!**

**14⁰⁰ Demonstration
gegen Abschiebung
und für Bleiberecht
von Flüchtlingen:
In München vom
Karlsplatz/Stachus
zum bayerischen
Innenministerium
am Odeonsplatz**

AKTION



FLÜCHTLINGE

Das fordern u.a.: Azadi (Rechtshilfe für Kurdinnen und Kurden) • Bayerischer Flüchtlingsrat • Deutsch-Kurdische Gesellschaft • Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein • DIDF • Die Linke, München • DKP, München • Internationale Friedensinitiative München • Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen • KON-KURD (Konföderation der kurdischen Vereine in Europa e.V.) • Marxistische Initiative • Memo Arikan (Mitglied Ausländerbeirat der LH München) • Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus • Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit • SDAJ (Sozialistische deutsche Arbeiterjugend, München) • YEK-KOM e.V. (Föderation kurdischer Vereine in Deutschland)

Spendenkonto: Martin Löwenberg, Kto.Nr.: **28 26 48 02**, Postbank München, BLZ: **700 100 80**, Stichwort: „Abschiebungsstopp“

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Kyrill Hirner, Hans-Sachs-Straße 13, 80469 München, Eigendruck im Selbstverlag, Gestaltung: Wob